

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVI 1–2010

LATEINAMERIKANISCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM WANDEL

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 STEFAN PIMMER
Editorial: Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel
- 12 STEFAN PIMMER
Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven
Revolution zur Krise der Hegemonie
- 42 LUCIO OLIVER
Schattierungen einer progressiven Regierung:
Der erweiterte Staat in Brasilien
- 72 TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA
Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines
national-popularen Projekts in Bolivien
- 101 DIANA GUILLÉN
Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und Gesellschafts-
projekt? Überlegungen zur jüngsten Vergangenheit Ekuadors
- 130 Mónica del Carmen Cerón Díaz
Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN
- 153 Rezensionen
- 159 SchwerpunktredakteruInnen und AutorInnen
- 162 Impressum

STEFAN PIMMER

Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel

Die Krise besteht genau darin, dass das Alte am Absterben ist und das Neue noch nicht zur Welt kommt: in diesem Interregnum finden die unterschiedlichsten krankhaften Phänomene statt. (Gramsci 1999a: 37)

Im Zuge der 2007 einsetzenden Finanzkrise wurden weltweit einmal mehr die zunehmenden Schwierigkeiten sichtbar, mit denen neoliberale Kräfte bei der Umsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Projekte zu kämpfen haben. Die Paradigmen des *Washington Consensus* erweisen sich als ungeeignet, sowohl die Rahmenbedingungen einer funktionierenden Kapitalakkumulation zu gewährleisten, als auch die subalternen Gruppen und Klassen auf konsensuale Weise in das neoliberale Herrschaftsprojekt einzubinden (vgl. Candeias 2009). Diese Krise der neoliberalen Hegemonie wurde in Lateinamerika frühzeitig sichtbar. Symbolisch kam sie zum ersten Mal im Aufstand der Zapatisten im Jahr 1994 zum Ausdruck. Aber auch die Finanz- und Wirtschaftskrisen in Mexiko Ende 1994, in Brasilien 1999 und in Argentinien im Jahr 2001 waren durch einen breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen das neoliberale Herrschaftsprojekt geprägt. Nicht zu Unrecht wird Lateinamerika daher als „schwächstes Glied in der neoliberalen Kette“ (Sader 2008) bezeichnet. Dies drückt sich – beginnend mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez im Dezember 1998 – auch in einer Reihe von progressiven Regierungen aus, die eine Politik der Privatisierung, des „freien“ Handels und der Deregulierung mehr oder weniger radikal ablehnen.

In den Beiträgen dieser Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik (JEP)* wird die These vertreten, dass die aktuellen Transformationsprozesse der politischen Landkarte Lateinamerikas auf einen Verfall neoliberaler Hegemonie hindeuten. Die zunehmende Unfähigkeit der herr-

schenden Klassen, die unterschiedlichen Krisenmomente innerhalb der alten Paradigmen zu bearbeiten, geschweige denn ihr Herrschaftsprojekt konsensual zu untermauern, verweist ebenfalls auf eine Erosion hegemonialer Herrschaftsformen. Dies impliziert jedoch keinesfalls das endgültige Ende des Neoliberalismus als organisierende Praxis innerhalb der lateinamerikanischen Gesellschaften. Mehr als drei Jahrzehnte ideologischer Offensive und der Durchsetzung neoliberaler Regierungsprogramme haben tiefe Spuren quer über den Kontinent hinterlassen. Diese zeigen sich nicht nur in den Produktions- und Lebensweisen sowie im Alltagsverstand der lateinamerikanischen Gesellschaften (vgl. Tapia 2008), sondern finden sich auch verdichtet in den staatlichen Apparaten wieder (vgl. Heigl 2007). Die Analysen in diesem Heft gehen von der Annahme einer „organischen“ Krise neoliberaler Hegemonie aus und rücken damit zwei zentrale Aspekte dieses „Interregnums“ in den Mittelpunkt: einerseits den Fortbestand des Alten in Form der neoliberalen Gesellschaftspraktiken, andererseits den Keim neuer Gesellschaftsformen, die sich den jüngsten Entwicklungen zum Trotz nur langsam und mühevoll ihren Weg bahnen (vgl. Sader 2008).

Aus emanzipatorischer Perspektive ist auf die Gefahren hinzuweisen, die ein frühzeitiger Abgesang auf eine Epoche mit sich bringt, die sich zu sterben weigert: Der Neoliberalismus wird keineswegs „automatisch“ zu Ende gehen, sondern nur als Resultat konkreter Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen antagonistischen gesellschaftlichen Kräften. So stellt die gegenwärtige Phase auch keine Konjunktur dar, die aus sich heraus und allein den subalternen Kräften und ihren gegen-hegemonialen Projekten in die Hände spielen würde. Obwohl jede organische Krise immer auch Transformationspotential für progressive gesellschaftliche Kräfte birgt, kann sie ebenso von den herrschenden gesellschaftlichen Gruppen genutzt werden, die ständig an der Wiederherstellung und Erneuerung bürgerlicher kapitalistischer Herrschaft arbeiten.

Diese Ablehnung eines historischen „Automatismus“ stellt die Verbindung zu Antonio Gramsci her, dessen Überlegungen rund um die Konzepte des „erweiterten Staates“ und der „Hegemonie“ den gemeinsamen theoretischen Rahmen der Beiträge dieser Ausgabe des *JEP* darstellen. Geschichte ist für Gramsci das Ergebnis und gleichzeitig der Ausgangspunkt politischer Kämpfe, also der Auseinandersetzungen zwischen Regierenden und Regierten. Die Berücksichtigung dieser grundlegenden Tatsache eröffnet den

Weg für eine Kritik des modernen Staates. Dieser ist demnach weder ein Instrument noch eine neutrale Instanz außerhalb der Gesellschaft, sondern ein andauernder Prozess der Formierung und Überwindung instabiler Gleichgewichte zwischen herrschenden und beherrschten Gruppen und Klassen.

Gegenüber den Auffassungen des orthodoxen Marxismus reduziert Gramsci den Staat nicht auf die „politische Gesellschaft“, also auf die im engeren Sinne staatlichen Apparate und ihre Zwangselemente. Der Staat, verstanden als Kräfteverhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten, umfasst auch jenen Bereich, den Gramsci als Zivilgesellschaft bezeichnet. Damit verweist er auf eine genuin politische und durch „hegemoniale Apparate“ strukturierte gesellschaftliche Dimension, die sich aus Zeitungen und Zeitschriften, Gewerkschaften und Parteien, Kirchen, dem Schulsystem und den Massenmedien zusammensetzt: also all jenen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich Menschen zusammenfinden, gemeinsame Interessen und Handlungsentwürfe ausarbeiten, diese als politische Projekte in die Tat umsetzen und sie gegenüber antagonistischen Interessen verteidigen. Es handelt sich dabei um eine Politisierung des Gesellschaftlichen oder, anders ausgedrückt, um eine Vergesellschaftung des Politischen, ein Phänomen, das Gramsci mit seinem Begriff des „erweiterten“ oder „integralen“ Staates zusammenfasst (Buci-Glucksmann 1979).

Wie Buci-Glucksmann aufzeigt, gelangt Gramsci zu diesem erweiterten Staatsverständnis, indem er die hegemonialen Apparate und die sich darum und darin stattfindenden Auseinandersetzungen als Teil des staatlichen Feldes begreift. Das Konzept des erweiterten Staates verweist somit unmittelbar auf jenes der Hegemonie: Die Unterordnung der beherrschten unter die herrschenden Klassen stützt sich demnach nicht nur auf Elemente des Zwangs und der Gewalt. Die herrschenden Klassen versuchen darüber hinaus, ihre politischen Projekte durch die aktive oder zumindest passive Zustimmung der Beherrschten zu untermauern. Dies geschieht vor allem durch materielle oder symbolische Zugeständnisse an die Subalternen. Will ein Projekt der herrschenden Klassen eine hegemoniale Ausstrahlungskraft entwickeln, müssen subalterne Forderungen zumindest teilweise berücksichtigt werden, ohne dabei die Grundlagen der eigenen Herrschaft zu untergraben. Die Betonung konsensualer Elemente im Rahmen hegemonialer Herrschaft verweist jedoch nicht auf die vollständige Beseitigung sozialer oder politischer Konflikte oder auf eine harmonische Gesellschaftsord-

nung. Hegemonie im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung bezieht sich vielmehr auf die Etablierung eines Referenzrahmens, innerhalb dessen die Wege und Formen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gelenkt werden können und somit eine konsensuale Bearbeitung der kapitalistischen Widersprüche ermöglicht wird (Demirović 2007: 81). Um den prozessualen und dynamischen Charakter von Hegemonie hervorzuheben, ist in den vorliegenden Texten oft von hegemonialen Projekten die Rede (vgl. Candeias 2004: 42ff; Jessop 1990: 207ff). Damit soll vermieden werden, Hegemonie bloß als Ergebnis vorheriger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu betrachten, indem etwa einer historischen Situation im Nachhinein ein hegemonialer Charakter attestiert wird. Vielmehr müssen die Prozesse in den Blick genommen werden, die Gramsci (1999b: 36f) als stetige Formierung und Überwindung von instabilen Kompromissgleichgewichten bezeichnet und die eine konsensuale Unterwerfung der beherrschten Klassen sicherstellen oder eben nicht.

Gerade für die Analyse der aktuellen Konjunktur Lateinamerikas, die in Anlehnung an Gramsci (ebd.: 20) als eine Phase der „großen Politik“ bezeichnet werden könnte, sollte sich der hier vorgestellte konzeptuelle Rahmen als nützlich erweisen. In dieser Periode „epochalen Wandels“ (Gilly et al. 2006) stehen nicht nur die internen sozioökonomischen Strukturen der lateinamerikanischen Gesellschaften auf dem Spiel, sondern auch die Form ihrer Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Die jüngsten Transformationsprozesse weisen nicht selten einen „national-popularen“ Charakter auf. Damit wird vor allem im lateinamerikanischen Kontext auf jenes Moment in den hegemonialen Auseinandersetzungen Bezug genommen, das auf die „vom Volk ausgehende oder zumindest das Volk anrufende Formung des Nationalen“ (Haug 1994: 1218) hindeutet. Der Begriff des Volkes (*el pueblo*) wird in Lateinamerika übrigens häufig im Rahmen subalterner Kämpfe verwendet und bezieht sich im Gegensatz zu den Eliten oder dem Block an der Macht auf die unterdrückten und ausgebeuteten Gesellschaftssektoren (vgl. Dussel 2006: 87ff). National-populare Prozesse verweisen damit letztlich auf die Forderungen subalterner Kräfte nach einer Selbstbestimmung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Dynamiken und die konkreten Ausprägungen dieser Prozesse sind jedoch äußerst unterschiedlich, wie die Beiträge der vorliegenden Ausgabe des *JEP* aufzeigen. Am Beispiel Mexikos untersucht Stefan Pimmer die

nach wie vor dominante Stellung der den Neoliberalismus propagierenden rechtskonservativen Kräfte. Im Kontext einer tief greifenden gesellschaftlichen Krise sehen diese sich jedoch dazu genötigt, ihr Herrschaftsprojekt vermehrt auf Zwangselemente zu stützen. Im Fall Brasiliens ist zwar seit dem Jahr 2003 eine Partei an der Macht, die eng mit den gegen-hegemonialen Kämpfen der letzten drei Dekaden in Verbindung steht. Wie Lucio Oliver erläutert, handelt es sich bei Präsident Lula da Silva und der Arbeiterpartei jedoch um eine „cäsaristische Regierung“, die die Kämpfe der subalternen gesellschaftlichen Kräfte nicht repräsentiert und unterstützt. Tatiana Pérez Ramírez und Jaime Ortega Reyna zeigen im Anschluss an den Intellektuellen René Zavaleta Mercado, dass sich in den sozialen Protesten in Bolivien zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein national-populäres Projekt herausgebildet hat. Dieses ermöglichte nicht nur den Sturz zweier Präsidenten, sondern bildete auch die Grundlage für den historischen Wahlsieg von Evo Morales Ende 2005. Trotz der jüngsten Konflikte zwischen der Regierung und den sozialen Bewegungen vertritt auch Diana Guillén die These, dass den gegen-hegemonialen Kämpfen in Ekuador und dem Wahlsieg von Rafael Correa im Jahr 2006 ein national-populäres Projekt zugrunde liegt. In beiden Fällen erweisen sich die subalternen AkteurInnen und auch deren Forderungen als äußerst heterogen, eine Tatsache, die eine Herausforderung für die Beziehung zwischen den sozialen Bewegungen und den neuen progressiven Regierungen darstellt und auch Schwierigkeiten erwarten lässt. Mónica del Carmen Cerón Díaz zeigt im Fall El Salvadors auf, dass der historische Wahlsieg der FMLN im März 2009 mit einer Transformation der sozialen und politischen Kräfte des Landes einherging. Unabhängig vom politischen Willen verweisen die aktuellen Kräfteverhältnisse jedoch auf einen relativ engen Spielraum der neuen Regierung, um das gegen-hegemoniale Projekt der progressiven zivilgesellschaftlichen Kräfte voranzutreiben. Im Fall von Bolivien, Ekuador und El Salvador stehen vor allem diejenigen Prozesse im Mittelpunkt der Analysen, die zu den historischen Regierungswechseln geführt haben. Zukünftige Untersuchungen werden jedoch nicht umhin können, zum einen die Beziehung der neuen Regierungen zu den oppositionellen Gruppen in den Blick zu nehmen; zum anderen stellt sich jedoch auch die Frage, wie sich Evo Morales, Rafael Correa und Mauricio Funes gegenüber jenen zivilgesellschaftlichen Gruppen verhalten, auf deren Kämpfen ihre Machtübernahme gründet.

Insgesamt reflektieren die Beiträge dieser Ausgabe nicht nur die Komplexität der aktuellen Konjunktur und die Errungenschaften und Rückschläge der gegen-hegemonialen Kämpfe in der aktuellen Krise neoliberaler Hegemonie. Sie widerlegen auch ein weit verbreitetes Vorurteil, dessen Ursprünge im Paradigma des Eurozentrismus wurzeln: die vermeintliche „Schwäche“ der lateinamerikanischen Zivilgesellschaften. Diesen wird unter Verweis auf Gramsci nicht selten ein „östlicher“ Charakter attestiert, es wird also von einer Situation ausgegangen, in der eine übermächtige politische Gesellschaft einer kaum vorhandenen oder wenig komplexen Zivilgesellschaft gegenübersteht. Trotz der ausgeprägten Rolle der politischen Gesellschaften Lateinamerikas im Prozess der kapitalistischen Modernisierung wäre es jedoch irreführend, automatisch auf schwache zivilgesellschaftliche Strukturen zu schließen. Diesbezüglich stellt die Geschichte des 20. Jahrhunderts – mit Gramsci gesprochen – einen langen Prozess der „Verwestlichung“ der lateinamerikanischen Gesellschaften dar (Aricó 2005: 109ff). Damit wird auf die Herausbildung jener zivilgesellschaftlichen Strukturen verwiesen, die Gramsci metaphorisch als Schützengräben und Kasematten bezeichnete und die erst eine Absicherung der im engeren Sinne staatlichen Macht durch hegemoniale Apparate ermöglichen. Mit dieser Behauptung sollen keinesfalls die Eigenheiten der lateinamerikanischen Realität geleugnet werden. Es geht vielmehr darum, hinsichtlich deren Analyse die Tauglichkeit und Anwendbarkeit der gramscianischen Staats- und Gesellschaftstheorie aufzuzeigen. Gramsci selbst entwickelte einen Großteil seiner Konzepte im Hinblick auf die italienischen Verhältnisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts – eine typische Gesellschaftsformation des so genannten späten Kapitalismus, deren soziale und wirtschaftliche Strukturen jenen Lateinamerikas durchaus ähneln. Dies legt in der Tat nahe, dass einige seiner Reflexionen sich eher für die Analyse lateinamerikanischer Gesellschaften eignen als für Staaten des kapitalistischen Zentrums (vgl. Portantiero 1980).

Die Beiträge dieser Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* sind zwischen 2008 und 2009 im Rahmen des Seminars „Soziale Bewegungen und Institutionen“ des Masterprogramms für Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) entstanden. Damit wird einerseits dem Ziel des Journals entsprochen, als Plattform für die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses zu fungieren. Andererseits handelt es sich um Analysen aus der Perspektive der kapitalistischen

Peripherie. Durch den gegenseitigen Austausch nicht nur zwischen zwei unterschiedlichen *scientific communities*, sondern auch zwischen verschiedenen Lebenswelten soll ein Dialog gefördert werden, der für beide Seiten fruchtbringend sein kann. Die Beiträge werden auch in spanischer Sprache im Rahmen des *Posgrado de Estudios Latinoamericanos* der UNAM veröffentlicht. Zuletzt sei noch auf die tatkräftige Unterstützung von Dana de la Fontaine und Melanie Hernandez Sanchez bei der Übersetzung der spanischen Texte verwiesen. Sowohl die AutorInnen als auch die Redaktion bedanken sich herzlich für die aufgewendete Zeit und Mühe.

Literatur

- Aricó, José (2005): *La cola del diablo. Itinerario de Gramsci en América Latina*. Buenos Aires: Siglo XXI.
- Buci-Glucksmann, Christine (1979): *Gramsci y el Estado*. México, D.F.: Siglo XXI.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie*. Hamburg: Argument.
- Candeias, Mario (2009): *Die letzte Konjunktur: organische Krise und postneoliberale Tendenzen*. <http://www.linksnet.de/de/artikel/24914>, 14.12.2009.
- Demirović, Alex (2007): *Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dussel, Enrique (2006): *20 Tesis de Política*. México, D.F.: Siglo XXI/Crefal.
- Gilly, Adolfo/Gutiérrez, Raquel/Roux, Rhina (2006): *América Latina: mutación epocal y mundos de la vida*. In: Basualdo, Eduardo M./Arceo, Enrique (Hg.): *Neoliberalismo y sectores dominantes. Tendencias globales y experiencias nacionales*. Buenos Aires: CLACSO, 103-119. <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/basua/Co3Gilly.pdf>, 14.12.2009.
- Gramsci, Antonio (1999a): *Cuadernos de la cárcel*. Band 2. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: *Gefängnishefte*, 10 Bände. Hamburg: Argument, 1991ff].
- Gramsci, Antonio (1999b): *Cuadernos de la cárcel*. Band 5. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: *Gefängnishefte*, 10 Bände. Hamburg: Argument, 1991ff].
- Haug, Wolfgang Fritz (1994): *Ist „Philosophie der Praxis“ ein Tarnwort? Einleitung zu den Heften 10 und 11*. <http://www.wolfgangfritzhaug.inkrit.de/documents/Gr-Gef6-Einl.pdf>, 13.3.2010.
- Heigl, Miriam (2007): *Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 22 (1), 125-146.

- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. University Park, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- Portantiero, Juan Carlos (1980): Gramsci para latinoamericanos. In: Sirvent, Carlos (Hg.): *Gramsci y la política*. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México, 29-51.
- Sader, Emir (2008): *Refundar el Estado. Posneoliberalismo en América Latina*. Buenos Aires: CLACSO.
- Tapia, Luis (2008): La reforma del sentido común en la dominación neoliberal y en la constitución de nuevos bloques históricos nacional-populares. In: Ceceña, Ana Esther (Hg.): *De los saberes de la emancipación y la dominación*. Buenos Aires: CLACSO, 101-113.